



**JÜRGEN
ROTH**

**SPINNENNETZ
DER MACHT**

Wie die politische und wirtschaftliche
Elite unser Land zerstört

Econ

Inhalt

Zertrümmerte Hoffnungen: eine Einleitung	9
---	---

Das Demokratieprinzip oder Eindrücke über die verschiedenen Spinnennetze der Macht	18
Die Unkultur der gekauften Meinung	18
Wenn sich Politiker für Unternehmen stark machen	21
Über Charity, Immobilien und gepflegte Beziehungen	26
Wie es um die politische Ethik steht	30
Das national-liberale Netzwerk: Auf dem Weg zu einer neuen Partei?	43
Bürgerengagement gegen politisch-wirtschaftliche Seilschaften	49
Militarisierung der Inneren Sicherheit	59

Das Rechtsstaatsprinzip oder die Zerstörung des Vertrauens in den Rechtsstaat	62
Die Macht der Steuerkriminellen	69
Innenansichten über den sächsischen Rechtsstaat	73
Der Rechtsanwalt als Kopf einer kriminellen Vereinigung	78
Wer in die Politik geht, kommt darin um	82
Erfahrungen mit den Finanzbehörden: Gnade gibt es nicht	87
Das Finanzamt: Instrument der politischen Disziplinierung	93
Datenschützer unter Beschuss	98

Wie Arbeitslosenhilfe zum Druckmittel wird	100
Wenn Geld in Sachsen keine Rolle spielt	103

Das lähmende Klima der Angst:

Sittenbild eines Bundeslands	107
Strafe, Rache oder das sächsische Landrecht	109
Protokoll über ein deutsches Spinnennetz	112
Die Wahrheit biegen, bis sie politisch genehm ist	125
Mehr als politisches Mobbing: die Vernichtung einer aufrechten Beamtin	128
Der Verfassungsschützer und der Kriminalist	131
Die unglaublichen Zeugen	134
Die Journalisten und was ein Richter und ein Staatsanwalt von Pressefreiheit halten	145
Der aufmüpfige Strafverteidiger	150
Der Politiker und die Niedertracht	154
Über das Vermögen des Rostocker Paten und seine Freunde	160

Die kriminelle Organisation,

ein Justizirrtum und die hohe Politik	165
Der Honorarkonsul und der russische Oligarch	168
Wie ein zwielichtiger Unternehmer Kronzeuge wurde	172
Der Prozess gegen eine kriminelle Vereinigung beginnt ...	176
Die Vernehmung des Kronzeugen und die »Technik-Panne«	179
Über die Vernehmung der Verdächtigen und die dürftigen Erkenntnisse	181
Zeugenschutz als Erpressungsinstrument	187
Hintergründe eines fragwürdigen Urteils	191
Über einen Laptop und seine Geheimnisse	197

Wenn das Bundesverfassungsgericht einem Anwalt nicht haltbare Verschwörungstheorien vorwirft	202
Eine notwendige Nachbetrachtung	205

Über Behördenwillkür und die Psychiatrie	207
Über Schwarzgeld, Steuerkriminalität und Wahnvorstellungen	217
Wie reagierte die bayerische Politik?	222
Über das vermeintliche Kindeswohl, die Verwaltung und die Justiz	227

Das Spinnennetz der Bankenmacht	231
Wie eine Familie zerstört wurde	232
Wie die Bank sich aus der Verantwortung stehlen konnte	236
Wenn der Bundesgerichtshof die Banken schützt	240
Ein Mann, dem die Banken am Herzen liegen	242
Wie ein milliardenschwerer Finanzdienstleister hochkarätige Ex-Politiker einkauft	249
Was die Strukturvertriebe am Laufen hält	252
Opfer gibt es auf beiden Seiten	257

Die potemkinschen Dörfer der Inneren Sicherheit ...	262
Wie die Mafia den Frankfurter Wohnungsmarkt monopolisiert	264
Was den Bürgern an Sicherheiten versprochen wird	267
Das Land der Frühaufsteher: Sachsen-Anhalt und der Fördermittelklüngel	273
Mord abseits der Rennbahn	275
Wenn Unternehmensförderung zum Patentklau wird	279
Skandal um die Kloake Deutschlands	283

Gutes Geld für Dessau	285
Kann Korruption auch Biogasanlagen befeuern?	286
Abschied vom Sozialstaatsprinzip	289
Hartz IV: eine soziale Abwärtsspirale	293
Einblicke in eine andere Welt	299
Über den Dschungel promiskuitiver Beziehungen	303
Ein »guter« Finanzinvestor und sein Spinnennetz der Macht	310
Über einige Politiker und ihre Netzwerke	315
Vom Engagement im Ehrenamt	316
Buckeln oder aufstehen?	319
Anhang	322

Zertrümmerte Hoffnungen: eine Einleitung

Ach, du schönes Ideal Grundgesetz! Wie oft haben sie dich seit deiner schweren Geburt in Bonn, damals im Nachkriegsjahr 1949, vergewaltigt? Wie viel bist du heute in Deutschland eigentlich noch wert? »Wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Gerechtigkeit auf alle Ewigkeit.« Das sagte Angela Merkel, damals CDU-Vorsitzende, am 16. Juni 2005 anlässlich der Feier zum 60-jährigen Bestehen der CDU. Ist diese Ewigkeit bereits erreicht, sieben Jahre später – oder wurde der erwähnte Rechtsanspruch womöglich schon lange vorher außer Kraft gesetzt? Sicher ist das beim Sozialstaatsprinzip, also der Frage der sozialen Gerechtigkeit der Fall. Sie wurde spätestens im Jahr 2002 durch die damalige SPD/Grünen-Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder zu Fall gebracht. Seitdem sind die Barrieren gegen eine soziale Apartheidpolitik kontinuierlich abgebaut worden. Allein das Vermögen des reichsten Prozents der Deutschen ist heute größer als sämtliche Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen. Ohne soziale Gerechtigkeit wird es jedoch, das ist eigentlich eine Binsenweisheit, keine Legitimation des Staates geben.

Über die möglichen Folgen machte sich Gesine Schwan Gedanken, die ehemalige Bundespräsidentin-Kandidatin und jetzige Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance in Berlin. »Ich habe schon vor Jahren zwar nicht soziale Unruhen als kollektive Aktion sozusagen vorhergesagt, wohl aber, dass die Wut bei denen sich steigern wird, die sich als hoffnungslos abgehängt betrachten.«¹ Was sind die tieferen Gründe dieser so gerne verdrängten Entwicklung? Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer

fasst einige in wenigen Sätzen zusammen: »Die Mehrheit der Menschen sagt, dass sich Solidarität, Gerechtigkeit und Fairness in dieser Gesellschaft nicht mehr verwirklichen lassen. Das ist gefährlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erzeugt Desintegration [...]. Die Demokratie ist in einer Krise.«²

Hinter dieser Erkenntnis steckt jedoch ein noch viel größeres Problem: Das Grundgesetz, also das Fundament unserer Demokratie, ist in den Bereichen Sozialstaatsprinzip, Rechtsstaatsprinzip und Demokratieprinzip in hohem Maße in Gefahr, außer Kraft gesetzt zu werden. Nur zur Erinnerung: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt«, lautet Artikel 1 des Grundgesetzes. Dieses sollte eigentlich ein Wertesystem bilden, das als verfassungsrechtliche Wertentscheidung für alle Bereiche im Verhältnis zwischen Staat und Bürger gilt. Es stellt sich die Frage: Weshalb und in welchem Umfang ist in Deutschland das Demokratiestaatsprinzip gefährdet? »Demokratie ist zur Postdemokratie geworden, in der innerhalb der formalen Hülle der Demokratie das Volk als der eigentliche Souverän gegenüber den Lobbyisten und Eliten keine Durchsetzungschancen mehr hat.«³ Anders ausgedrückt: Deutschland ist unter anderem von Netzwerken und Seilschaften – wahren Spinnennetzen der Macht – geprägt, deren Protagonisten durch ihre parasitären gesellschaftlichen und ökonomischen Beziehungen die lebendige Demokratie zu ersticken drohen. Der Politologe Professor Bernd Greiner nennt es »Tendenzen der Re-Feudalisierung. Das heißt, dass neben den offiziellen Strukturen, neben den demokratischen Strukturen, die inoffiziellen Strukturen zunehmend wieder an Gewicht gewinnen. Und diese Eliten, diese selbst ernannten Eliten, die oben sitzen, die schotten sich zunehmend ab.«⁴ In diesen regionalen wie länderübergreifenden Spinnennetzen sind regelmäßig Männer und Frauen zu finden, die für Sach- und Warenwerte verantwortlich sind, deren Lebensmodell Geld- und damit Machtvermehrung ist – soziale Autisten. Und sie werden dafür

nicht nur fürstlich entlohnt, sondern gelten in Deutschland sogar noch als die tragende, die Gesellschaft prägende Elite.

Von einer »Parallelwelt« sprach der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident, spätere Bundesfinanzminister und aktuelle SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. »Das Biotop an der Spitze zeichnet sich durch ein asoziales und amoralisches Verhalten aus, das deshalb so ärgerlich stimmt, weil diese Schicht über alle Voraussetzungen verfügt, zum Wohl des Gemeinwesens beizutragen.« Er spricht wohl aus Erfahrung. »Ich bin in all den Jahren als Minister und als Privatperson Maklern, Investmentbankern, Beratern und Jungunternehmen begegnet, die von einer erschreckenden Dünkelhaftigkeit, Selbstbezogenheit und Herablassung gegenüber dem ›gemeinen‹ Volk« waren.«⁵ Peer Steinbrück vergaß leider hinzuzufügen, dass es der von ihm in jeder Beziehung gehuldigte einstige SPD-Kanzler Gerhard Schröder war, der mit der Liberalisierung der Finanzmärkte die Büchse der Pandora überhaupt erst geöffnet hat. »Steinbrück hat noch im März 2006 in der *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* einen glühenden Beitrag im Geiste der Eichel-Zeit⁶ geschrieben. Man werde an der Arbeit der Vorgängerregierung anknüpfen.«⁷ Erst durch diese politischen Vorgaben wurde die Devise »Bereichert euch!« zu einem Lebenselixier einer parasitären Klasse. Die Politiker, ob von SPD, CDU/CSU, Grünen oder FDP, die von dieser parasitären Klasse angefüttert wurden, klatschten alle beflissen Beifall. Und daran hat sich bis heute wenig geändert. Man könnte ja einmal Chauffeure der Fahrbereitschaft des Deutschen Bundestages fragen, was sie von den Abgeordneten und Ex-Staatssekretären und Ex-Ministern halten, die sie im Laufe der letzten Jahre gefahren haben. Ein langjähriger Chauffeur der Fahrbereitschaft erzählte mir: »Wir werden missachtet, wie der letzte Dreck behandelt und müssen darüber schweigen, dass wir als Privatchauffeure instrumentalisiert werden, um die Abgeordneten zum Einkauf, in den Urlaub oder ins Bordell zu fahren. Sie wollen, gleichgültig von welcher Partei, wie Könige behandelt

werden – von Volksvertretern kann keine Rede sein.« Hinzu kommt, dass die Fahrer extrem schlecht bezahlt werden und von ihrem Gehalt nicht leben können, weil die Fahrbereitschaft des Bundestags zum Teil privatisiert wurde. Das alles interessiert die Abgeordneten nicht. Im dicken schwarzen Mercedes oder Audi vorgefahren zu werden – das allein zählt.

Übrigens sind im öffentlichen Mediendiskurs viele dieser Gallionsfiguren des deutschen Establishments aus Politik, Wirtschaft und Justiz nach wie vor auffallend präsent, insbesondere in den verschiedenen Netzwerken oder, besser gesagt, Spinnennetzen der unkontrollierten und intransparenten Macht. Um das zu belegen, reicht es aus, sich in der Vergangenheit die Flut der politischen Marketing-Talkshows mit ihrer mehr oder weniger klaren Verkaufsabsicht anzusehen. Ein Beispiel: Da gibt es die Initiative Soziale Marktwirtschaft (INSM), eine von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanzierte Pressure-Group.⁸ Die INSM war eine Inspiration der Hamburger Werbeagentur Scholz & Friends (Wahlspruch: The Orchestra of Ideas). Sie sollte den Wunsch der Arbeitgeber umsetzen, für einen Wandel des politischen Klimas in Deutschland zu sorgen. »Die Aktivitäten der INSM haben in den letzten Jahren massiv dazu beigetragen, Einstellungen in der Bevölkerung zu verändern und Themen wie Rückbau des Wohlfahrtsstaats, Arbeitszeiten, verstärkte Eigenverantwortung, staatliche Ausgaben und Aufgabenbeschränkung in die Diskussion zu bringen.« Zu diesem Ergebnis kam bereits 2004 eine Studie der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung. Laut ARD-Magazin *Plusminus* sind die INSM-Botschafter auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows. Schaut man sich die Internetseite der INSM an, findet sich unter diesen »Botschaftern« kein einziger Vertreter der großen Industriegewerkschaften. »Tatsächlich sind alle bei der gleichen Lobby im Boot – und fordern harte Einschnitte, von denen sie selbst nie betroffen sind«, heißt es im Bericht des Fernsehmagazins.⁹ Zu ihnen gehörte Wolfgang Clement (SPD),